Johannes Schraps.
Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

16. Dezember 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am vergangenen Wochenende hat die SPD mit der Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als Parteivorsitzende einen beteiligungsorientierten und spannenden Prozess abgeschlossen, der in dieser Form einmalig in der deutschen Parteienlandschaft war. Wir gratulieren den neuen Parteivorsitzenden und dem gesamten neuen Parteivorstand zu seiner Wahl und freuen uns auf eine erfolgreiche und solidarische Zusammenarbeit. Der vom Bundesparteitag beschlossene Leitantrag „Aufbruch in die neue Zeit“ gibt allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den inhaltlichen Rückenwind, um die sozialdemokratischen Ziele des Koalitionsvertrags weiter engagiert zu verfolgen und mit Mut und Gestaltungswillen für ein solidarisches Land zu kämpfen.

Wir reformieren das Aufstiegs-BAföG. Diese Woche nehmen wir eine weitere wichtige Stufe, um die berufliche Fortbildung noch attraktiver zu machen. Die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung rückt in den Fokus. Höhere Zuschüsse zu Prüfungs- und Lehrgangskosten, geringere Gebühren für bestandene Prüfungen sowie die komplette Übernahme der Unterhaltskosten während einer Vollzeitmaßnahme erleichtern künftig die Entscheidung, eine Aufstiegsfortbildung aufzunehmen. Das hilft insbesondere auch Frauen, einen weiteren beruflichen Schritt gehen zu können.

Wer eine Betriebsrente bekommt und Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zahlt, hat künftig im Schnitt 300 Euro mehr im Jahr. Durch einen neuen Freibetrag zahlen mindestens 60 Prozent der Betriebsrentnerinnen und -rentner de facto nur noch höchstens den halben Beitragssatz. Auch die übrigen 40 Prozent werden spürbar entlastet. Das haben wir diese Woche im Bundestag beschlossen.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer

Johannes Schraps

Ihr findet mich auch bei:

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — SPD-Bundesparteitag
Seite 3 — Besuch des Carsharing-Projekts in Schlarpe
— Besuch der Admiral-Spielhalle in Hameln
Seite 4 — Treffen zum Zukunftszentrum Holzminden-Höxter
— SAM-Gala im Theater Hameln
Seite 5 — Klimaschutzagentur Weserbergland - „Sommerzeit“
— Gespräch mit dem Landvolk
Seite 6 — Rede im Plenum
Seite 7 — Themenausblick Bundestag
Seite 8 — Besuchergruppen in Berlin

DER SPD-BUNDESPARTEITAG AUS SICHT MEINES PRAKTIKANTEN JEROME RICHTER

Dass ein Praktikum bei Johannes nie langweilig wird, zeigte meine vergangene Woche: sie begann in Bad Pyrmont, Hameln und Holzminden und endete in Berlin auf dem Bundesparteitag der SPD. Obwohl ich mich nicht angemeldet hatte, konnte ich mich völlig problemlos vor Ort registrieren. Wer einmal einen Parteitag der SPD miterleben will, kann dort spontan als Gast teilnehmen. Das ist auch für nicht-Mitglieder eine tolle Möglichkeit, die Partei kennen zu lernen. Die Halle des Parteitags ist ein buntes Wirrwarr von Leuten. Vor dem Podium sitzen die Delegierten geordnet nach Bundesländern. Dahinter stehen schon die ersten Fernsehkameras und mittig sitzen einige Ehrengäste. An den äußeren Plätzen herrscht freie Platzwahl. Während der gesamten Zeit huschen einem viele Gesichter direkt über den Weg, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt: Bundesminister, Ministerpräsidenten, Hauptstadtjournalisten etc. Jedoch legte sich das Getummel schlagartig und alles hielt gebannt den Atem an, als die Wahlergebnisse der Parteivorsitzenden verkündet wurden.

Der erste Tag endete nach zwölf Stunden an Abstimmungen und Reden. Aus Delegiertensicht ist ein Parteitag also durchaus anstrengend: man muss für die Abstimmungen so konzentriert sein, dass nicht viel Zeit für Essen und Trinken bleibt. Als Gast hingegen begibt man sich einfach in die Vorhalle, in der es ein großartiges kulinarisches Angebot zu genießen gab.

Starke Vertretung aus dem Weserbergland beim SPD-Bundesparteitag

Am Abend traf sich unsere Delegation zum „Niedersachsenabend“, bei dem gemeinsam gespeist wurde. Es war wie eine Art Klassentreffen. Fast jeder kannte jeden und hatte eine lustige Geschichte auszutauschen. So konnte man auch stets beherrschte Politiker einmal in ungezwungener Atmosphäre und in einem fröhlichen Gemütszustand beobachten. Obwohl ich viele Menschen dort zum ersten Mal persönlich sah, fand ich schnell Anschluss – es waren ja auch viele junge Leute dabei.

Am nächsten Tag ging es nach einer kurzen Nacht wieder um 9 Uhr los. Neben inhaltlichen Fragen war auch noch zu klären, wer zum Vorstand gehören sollte, sodass zum Teil begeisternde Bewerbungsreden gehalten wurden. Auch der Samstag endete nach wiederum 12 Arbeitsstunden in einem geselligen Austausch beim SPD-Parteiabend. Dort wurde erst gemeinsam gegessen, um dann mit grandioser Stimmung, nicht zuletzt wegen des DJs zusammen mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans bis spät in die Nacht auf die große Tanzfläche zu ziehen. Bewundernswerterweise waren alle am Sonntagmorgen wieder fit und der Parteitag nahm seinen Abschluss.

Insgesamt war der Parteitag eine höchst interessante abwechslungsreiche Erfahrung, die ich jedem nur empfehlen kann. Man ist vor Ort dabei, wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden, lernt viele coole Leute kennen und erlebt spannende Reden und Abstimmungen sowie gesellige Abende.

BESUCH DES E-CARSHARING-PROJEKTS IN SCHLARPE

Gemeinsam mit Ortsbürgermeister Andreas Stänger besuchte ich das Projekt „Unser Dorf fährt elektrisch“ in Schlarpe. Es handelt sich um eine umweltschonende Carsharing-Initiative vom Verein Gemeinschaftliches Schlarpe. Ich halte das Projekt für beispielhaft und es ist eine großartige Möglichkeit, den ländlichen Raum zu fördern. Denn bis heute ist der Pkw das wichtigste Mittel zur Sicherstellung der Mobilität im ländlichen Raum. Gleichzeitig schafft es die Initiative, Mobilität mit Ökologie wunderbar zu verbinden. Denn der Strom für die Ladesäule des E-Autos kommt, wie mir Ortsbürgermeister Andreas Stänger erklärte, vom Dach des Dorfgemeinschaftshauses, wo vor kurzem eine Photovoltaik-Anlage installiert wurde. Ich habe mich sehr gefreut, dass „Unser Dorf fährt elektrisch“ in Schlarpe so gut angelaufen ist und mit über 400 Buchungen in der Pilotphase im ersten halben Jahr bereits intensiv durch die Vereinsmitglieder genutzt wird. Insbesondere Menschen, die selbst keinen Führerschein besitzen, haben die Möglichkeit, als Zusatzangebot den Fahrdienst der zurzeit zwölf ehrenamtlichen Fahrer zu nutzen. So wird es ihnen ermöglicht, Arztbesuche, Einkäufe, Behördentermine und weitere Dienste in Anspruch zu nehmen. Ich hoffe, dass die Initiative auch das Interesse von weiteren Dörfern weckt, um die Attraktivität der ländlichen Region noch mehr zu steigern.

BESUCH DER ADMIRAL-SPIELHALLE IN HAMELN

Vor zwei Wochen besuchte ich zum allererster Mal in meinem Leben eine Spielhalle. Ich finde es nämlich wichtig, auch einmal einen Einblick in Themenbereiche zu bekommen, die sonst nicht im Zentrum meiner Aufmerksamkeit stehen. Das Team der Admiral-Spielhalle in Hameln zeigte mir die Funktionsweise der „einarmigen Banditen“ und diskutierte mit mir über die unterschiedlichen Regeln, denen Spielhallen in verschiedenen Bundesländern unterworfen sind, sowie über die Konkurrenz durch europäische Onlinewettanbieter und durch mit Spielautomaten ausgestattete Gastronomiebetriebe. Selbstverständlich ging es auch darum, was der Staat im Allgemeinen und die privaten Spielhallen im Besonderen dafür tun, der Spielsucht vorzubeugen und sie zu bekämpfen. Sehr wichtig war es mir natürlich auch, von den Angestellten persönlich zu hören, wie sie die Arbeitsbedingungen in der Spielhalle einschätzen. Alles in allem war es eine sehr facettenreiche und interessante Erfahrung! Vielen Dank für die Einblicke!

TREFFEN ZUR ZUSAMMENARBEIT IM WIRTSCHAFTSRAUM HOLZMINDEN-HÖXTER

Bundesländerübergreifende Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Holzminden-Höxter - darum ging es bei einem Treffen Anfang Dezember in den Räumlichkeiten der Otto Künnecke GmbH in Holzminden. Imke Müller-Stauch stellte als Innovationsmanagerin noch einmal die aktuelle Arbeit des Innovationsnetzwerks Holzminden-Höxter vor. Gemeinsam diskutierten die Bundestagsabgeordneten von beiden Seiten der Weser, Christian Haase aus NRW und ich, mit den Landtagskolleginnen und -kollegen Sabine Tippelt, Uwe Schünemann und Hermann Grupe, mit Gastgeber Carl-Otto Künnecke, mit Michael Becker von der Volksbank Höxter und mit Prof. Dr. Alexandra Engel (HAWK Holzminden und Direktorin des Zukunftszentrums Holzminden-Höxter), wie man die vorbildliche Kooperationsinitiative im südlichen Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen weiter stärken kann. Ziel ist es, nachhaltige und zukunftsträchtige Arbeitsplätze bei den heimischen Unternehmen zu sichern. Konkret geht es natürlich auch darum, durch verschiedene Projekte und Veranstaltungen die Attraktivität der Region für Auszubildende und duale Studenten insbesondere im technischen Bereich hervorzuheben und auch Fachkräfte (z.B. im IT-Bereich) und Unternehmensgründer anzuziehen, sowie diese Menschen miteinander zu vernetzen. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Projekte wie das Zukunftszentrum oder das Innovationsnetzwerk zur Stärkung unserer Region beitragen können. Fördermittel für solch einzigartige Projekte dürfen nicht an der Grenze zwischen den Bundesländern Halt machen.

SAM-GALA IM THEATER HAMELN

Es war mir eine große Ehre, im Theater von Hameln ein Grußwort anlässlich der „SAM-Gala“ 2019 zu halten. SAM ist der Sozial - Aktiv - Menschlich e.V., der sich seit seiner Gründung im Jahr 2010 unter anderem ehrenamtlich dafür einsetzt, dass die Schulen des Landkreises Hameln-Pyrmont durch zusätzliche, von ihm begleitete pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt werden. Zudem organisiert SAM landkreisweit die durch das Bildungs- und Teilhabegesetz ermöglichte Lernförderung. Die Zahlen des Vereins für das Jahr 2019 sind beeindruckend: es gab über 150 Arbeitsplätze für pädagogische Mitarbeiter an über 40 Schulen im Landkreis und weit über 1300 Förderungen für benachteiligte Kinder und solche, die einer besonderen Förderung bedürfen.

„SOMMERZEIT“ DER KLIMASCHUTZAGENTUR WESERBERGLAND

Zu Beginn des Monats ging es in die Ratshalle der Stadt Bad Pyrmont zu einem von der Klimaschutzagentur Weserbergland organisierten Akteurstreffen. Dessen thematischer Schwerpunkt lag auf den Handlungsmöglichkeiten der Kommunen hinsichtlich des Einsatzes von erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie. Patrick Bienstein von der Klimaschutzagentur zeigte zunächst auf, wie Projekte durchgeführt werden können, die einzelne „Quartiere“ von Städten auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen. Aufbauend darauf stellte Dr. Fabio Longo, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, bereits existierende Wege und denkbare Möglichkeiten vor, wie der Einsatz von Solarenergie in Bebauungsplänen verankert werden kann. Hieran schloss sich eine lebendige Diskussion der geladenen Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter aus dem Weserbergland an, die sich dem Thema sehr aufgeschlossen zeigten, aber auch insbesondere hinsichtlich der Finanzierung der Projekte kritisch nachfragten.

BESUCH BEIM LANDVOLK WESERBERGLAND

Nachdem viele Bauern aus Protest gegen das „Agrarpaket“ der Bundesregierung mit ihren Traktoren vor das Brandenburger Tor gezogen waren, besuchte ich das Landvolk Weserbergland in Stadthagen, das sich für die Belange der Bauern in der Region einsetzt. Begleitet wurde ich von unserem Landratskandidaten Dirk Adomat und meiner Bundestagskollegin Marja-Liisa Völlers. Das Landvolk erklärte die skeptische Sichtweise der Bauern auf die zunehmende Regulierung der Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zur Senkung des Nitratgehalts im Grundwasser, die zu einer wirtschaftlichen Belastung für Betriebe würde. Kritisch sah das Landvolk auch die Verteilung von Agrarsubventionen nach ökologischen Kriterien. Ich fand es aber wichtig zu betonen, dass der Schutz unserer Umwelt ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen ist. Jeder Mensch profitiert gesundheitlich von sauberem Trinkwasser. Einigkeit zwischen den Vertreterinnen und Vertretern des Landvolks und der SPD herrschte jedoch darüber, dass Mehrkosten, die durch striktere Auflagen entstehen, fair verteilt werden müssen. Weder Bauern, noch Verbraucherinnen und Verbraucher sollten allein auf diesen Mehrkosten sitzenbleiben. Auch die großen Lebensmittelhändler müssen ihren Teil beitragen.

REDE IM PLENUM ZUM NORMANDIE-GIPFEL

Am vergangenen Donnerstag habe ich wieder eine Rede im Plenum gehalten. Es ging dabei um die Ergebnisse des Normandie-Gipfels, der erstmals nach mehr als drei Jahren wieder stattfinden konnte. Normandie-Gipfel bedeutet: Die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine setzen sich an einen Tisch und suchen nach einer Lösung für den Konflikt in der Ostukraine. Selbst, wenn die Ergebnisse des Gipfels nicht als Durchbruch gesehen werden können, ist es ein gutes Zeichen, dass diese Gespräche endlich mal wieder zustande gekommen sind. Dafür bin ich unserem Bundesaußenminister Heiko Maas sehr dankbar. Vor einem Jahr war ich selbst in der Ukraine, unter anderem am Übergangspunkt Majorske und war von der Situation dort tief erschüttert. Deswegen finde ich es so wichtig, dass die Friedensverhandlungen weiterhin geführt werden. In meiner Rede habe ich drei Punkte betont, die ich positiv einschätze: Zum einen sind der vereinbarte Gefangenenaustausch und die weitere Truppenentflechtung an drei ganz konkreten Punkten entlang der Konfrontationslinie zu nennen. Auch wenn es keine Einigung auf eine Entmilitarisierung der Pufferzone gab, kann der erreichte Kompromiss das Ziel einer vollständigen Waffenruhe im Donbass doch näher bringen. Zum Zweiten ist es wichtig, dass sich alle Seiten darauf verständigt haben, den Verhandlungsprozess weiter aufrechtzuerhalten. In spätestens vier Monaten will man sich erneut zusammensetzen und zu einem Gipfel treffen. Drittens: Die Bestätigung der Steinmeier-Formel ist aus meiner Sicht ein Signal, dass man ganz rational einen Plan verfolgen möchte, um gemeinsam zu Lösungen zu kommen. Für mich ist es klar: Der Frieden in der Ukraine ist essentiell für die europäische Sicherheit und von daher die Aufgabe von uns allen. Besonders gefreut hat mich natürlich, dass das Ensemble der Freilichtbühne Osterwald zum Zeitpunkt meiner Rede auf der Bundestagstribüne zu Gast war. Danke für Eure Anwesenheit und Unterstützung!

Wiedereinführung der Meisterpflicht

Der Deutsche Bundestag berät in dieser Woche abschließend den von SPD und CDU/CSU eingebrachten Entwurf zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften. Die Koalition hatte sich darauf geeinigt, die 2004 erfolgte Abschaffung der Meisterpflicht für viele Berufsbilder bei Bedarf wieder einzuführen. Denn viele Berufsbilder haben sich seit 2004 stark verändert. Daher ist eine Reglementierung der Ausübung der betroffenen Handwerke zum Schutz von Leben und Gesundheit sowie der Wahrung von Kulturgütern und immateriellem Kulturerbe erforderlich. Zudem hatten sich Ausbildungszahlen und Meisterprüfungen reduziert.

Unser Ziel ist, mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung zu erreichen. Der Gesetzentwurf wurde in einer Koalitionsarbeitsgruppe unter Beteiligung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und der Gewerkschaften erarbeitet. Das Bundeswirtschaftsministerium hat die einzelnen Branchenverbände des Handwerks umfassend schriftlich und mündlich angehört.

In folgenden Berufsgruppen wird die Meisterpflicht im Ergebnis wieder eingeführt:

- Fliesen-, Platten- und Mosaikleger
- Betonstein- und Terrazzohersteller
- Estrichleger
- Behälter- und Apparatebauer
- Parkettleger
- Rollladen- und Sonnenschutztechniker
- Drechsler und Holzspielzeugmacher
- Böttcher
- Glasveredler
- Schilder- und Lichtreklameherstellerr
- Raumausstatter
- Orgel- und Harmoniumbauer

Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft ist. Die Meisterpflicht trägt außerdem durch eine hochwertige berufliche Aus - und Weiterbildung maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei.

Internationale Steuervermeidung verhindern

Durch „Steueroptimierung“ und „grenzüberschreitende Steuergestaltung“ gehen dem Bund, den Ländern und anderen EU-Mitgliedstaaten jährlich beträchtliche Steuereinnahmen verloren, die dringend gebraucht werden, z. B. für Investitionen in eine moderne Verkehrsinfrastruktur oder in die Bildung. Spätestens seit der Veröffentlichung der „Panama Papers“ wissen wir das. Unerwünschten Steuergestaltungsmodellen, die im Graubereich der Illegalität Schlupflöcher und Regelungslücken des Steuerrechts für unlautere Zwecke ausnutzten, wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum berät der Deutsche Bundestag in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen. Kern des Gesetzes ist die Einführung einer Meldepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen. Die Steuerbehörden erhalten durch die Meldungen einen Überblick über diese Gestaltungsmodelle und können schneller darauf reagieren. Daraus kann z. B. der Gesetzgeber Regelungsnotwendigkeiten ableiten, die zeitnah getroffen werden können. Denn die „Steuergestaltung“ im großen Stil ist weder akzeptabel noch gerecht. Einkommensstarke, Vermögende und Unternehmen dürfen sich nicht durch raffiniert ausgedachte Steuergestaltungsmodelle ihren Steuerpflichten entziehen. Dies würde die Legitimität unseres Besteuerungssystems unterminieren.

BESUCHERGRUPPEN IN BERLIN

12. Dezember 2019. Das Ensemble der Freilichtbühne Osterwald mit mir und dem Kollegen Jürgen Trittin (Grüne)

Büro Hameln	**Büro Holzminden**	**Büro Berlin**
Heiliggeiststraße 2	Obere Str. 44	Platz der Republik 1
31785 Hameln	37603 Holzminden	11011 Berlin
05151 107 33 99	05531 5030	030 227 77295
johannes.schraps.wk@bundestag.de		johannes.schraps@bundestag.de

Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann